

Europäisches Friedensforum-Deutsche Sektion
c/o GBM e.V. Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

WORLD PEACE COUNCIL
Iraklis Tsavdaridis

wpc@otenet.gr



Berlin im April 2013

Liebe Genossen und Freunde

Vielen Dank für die Einladung zur antiimperialistischen Solidaritätskonferenz mit dem syrischen Volk vom 25. – 27. April 2013. Leider müssen wir Euch heute mitteilen, dass wir – trotz vieler Bemühungen in der Vorbereitung – zu dieser wichtigen Konferenz keinen Vertreter entsenden können.

Unsere Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., die gleichzeitig die deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums vertritt, ist ein entschiedener Gegner der imperialistischen NATO, der aggressiven Politik der EU – Staaten – insbesondere auch der BRD - im Mittleren Osten und unterstützt mit vielfältigen politischen Aktivitäten die Solidarität mit dem syrischen Volk.

Wir übermitteln Euch folgende **Erklärung**:

Schluss mit der imperialistischen Aggression gegen Syrien!

Frieden für das syrische Volk, damit es seine Zukunft souverän und ohne Einmischung von außen selbst bestimmen kann.

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde – Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums – verurteilt die fortdauernde indirekte und direkte Aggression imperialistischer Mächte und ihrer Helfershelfer gegen den syrischen Staat, die zu einem blutigen Bürgerkrieg, zu einer Tragödie für das syrische Volk geführt haben.

Heute ist allgemein bekannt, dass es den westlichen Mächten, allen voran den USA, der NATO und der EU am politischen Willen fehlt, diese Tragödie zu beenden und eine Lösung des innersyrischen Konflikts mit politischen Mitteln, auf der Grundlage von Verhandlungen der Konfliktparteien zu unterstützen. Von ihnen wurden und werden noch immer bewusst alle Chancen dafür vertan bzw. hintertrieben. Sie wurden imperialen Interessen in der Region geopfert. Dafür wird das Leid des syrischen Volkes, die Zerstörung des Landes und seiner gesamten Infrastruktur billigend in Kauf genommen.

Als Vertreter einer deutschen zivilgesellschaftlichen Organisation verurteilen wir die Handlungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die jahrzehntlang eine enge Zusammenarbeit mit diesem Land pflegte, jetzt auf die Seite derer gewechselt ist, die die Aggression gegen Syrien vorantreiben. Anstatt ihre Möglichkeiten für einen konstruktiven Beitrag zur Beilegung des Konflikts zu leisten, unterstützt sie direkt oder indirekt die Kriegstreiber.

Diese gleiche Regierung erachtete es für notwendig, auf „Ersuchen“ der Türkei, deutsche „Patriot“ – Flugabwehrraketen an die Grenze zwischen Syrien und der Türkei zu verlegen. Der Deutsche Bundestag stimmte im Dezember 2012 diesem Vorhaben zu. Ein unheilvoller Schritt zur Verschärfung des Konflikts in Syrien!

Diese Raketen sind Angriffswaffen, die zur Vorbereitung eines NATO-Krieges gegen Syrien dienen und die offensichtlich der bewaffneten Opposition die Schaffung eines Quasi- Staatsgebietes in Nordsyrien sichern sollen.

Wir fordern mit aller Entschiedenheit von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland diese Politik zu beenden und einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten zu leisten. Damit könnte unsere Regierung ein Beispiel geben, wie ernst die vollmundigen Erklärungen ihrer Protagonisten über Frieden und Menschenrechte tatsächlich gemeint sind.

Das Europäische Friedensforum und ihre Deutsche Sektion, die GBM unterstützen die Forderungen:

- * Schluss mit der verdeckten Aggression gegen Syrien! Direkte und indirekte militärische Einmischungen von außen verhindern!
- * Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Einstellung von Waffenlieferungen!
- * Schaffung von Bedingungen für einen innersyrischen politischen Dialog ohne Vorbedingungen und äußere Einmischung!

Wir sind überzeugt, dass die Beratungen in Istanbul und Antiochia für unseren gemeinsamen Kampf für den Frieden im Nahen Osten neue Impulse geben werden und wünschen dazu Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen

Karl-Heinz Wendt
Bundesvorsitzender der Gesellschaft zum Schutz
Vom Bürgerrecht und Menschenwürde